

Antrittsrede vom Bürgermeister Stefan Freitag am 12.10.2004 im Rat der Stadt Velbert nach seiner Vereidigung

Meine sehr verehrten Damen und Herren Ratsmitglieder,
liebe Gäste aus der Bürgerschaft,
liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

Zunächst möchte ich mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich für die vielen Glückwünsche und freundlichen Worte anlässlich meiner Wahl bedanken. Ich habe mich darüber sehr gefreut und sie als Ansporn und Ermutigung für mein neues Amt verstanden.

Dank gilt aber auch und vor allem meinem Amtsvorgänger Hanns-Friedrich Hörr, der heute zum ersten Mal seit 12 Jahren bei einer Ratssitzung nicht anwesend ist.

Ich möchte heute auf einen Rückblick auf die erfolgreiche Arbeit von Herrn Hörr in dieser Stadt verzichten. Ich werde dies allerdings nachholen, und zwar am 15. Januar im Rahmen des Stadtempfangs 2005 der Stadt Velbert, den ich verbinden möchte mit einer Verabschiedung von Herrn Hörr.

Wenn ich mir die Liste meiner Vorgänger – sei es im Amt des Stadtdirektors oder des Bürgermeisters – anschau, so ist mir bewusst, dass ich in große Fußstapfen trete. Hans – Günter Steinhauer, Dr. Reinhard Fingerhut, Heinz Schemken, Klaus Mühlhoff, Bernd Tondorf und Hanns – Friedrich Hörr – um mich nur auf die Zeit seit Bildung der „neuen“ Stadt Velbert seit 1975 zu beschränken – waren Persönlichkeiten, die – jeweils in ihrer eigenen Art, mit unterschiedlichem Naturell und verschiedenen politischen Grundüberzeugungen – ihr Bestes für diese Stadt gegeben haben.

Sie haben gemeinsam einen entscheidenden Anteil daran, dass Velbert eine Stadt ist, in der man gut und gerne leben kann. Jeder hat aber auch ganz eigene Spuren hinterlassen.

Ich werde gewiss niemanden kopieren, sondern meinen eigenen Stil pflegen. Trotzdem bin ich froh darüber, alle persönlich und auch als Amtsinhaber kennen gelernt und von allen gelernt zu haben. Dies wird mir helfen, dem Vertrauensvorschuss, dem mir fast zwei Drittel der Wählerinnen und Wähler am 26. September mit auf den Weg gegeben haben, gerecht zu werden.

Die Verantwortung, die wir gemeinsam für die nächsten fünf Jahre übernommen haben, ist groß. Die Aufgaben, die vor uns stehen, sind schwierig.

„Ohne Städte ist kein Staat zu machen.“ Ich habe dieses Zitat von Theodor Heuss, dem ersten Bundespräsidenten, schon oft verwendet – und empfinde es heute aktueller denn je.

In Städten wie Velbert entscheidet sich, ob wir das Auseinanderdriften der Gesellschaft in arm und reich, in Menschen mit und ohne Arbeitsplatz, in jung und alt, in Mehrheiten und Minderheiten gestalten können.

In Städten wie Velbert entscheidet sich, ob die Integration von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion funktioniert.

In Städten wie Velbert entscheidet sich, ob wir jungen Paaren, Familien mit Kindern und Alleinerziehenden Perspektiven geben können, die ihnen ein bewusstes Ja zu Kindern erleichtern.

In Städten wie Velbert entscheidet sich, ob wir die soziale Ausgrenzung der Schwächeren und die Spaltung der Gesellschaft insgesamt verhindern können.

Hier vor Ort entscheidet sich, ob wir als Wohn- und als Wirtschaftsstandort attraktiv bleiben und den Menschen individuelle Urbanität anbieten können. Ich möchte mit Ihnen gemeinsam dafür sorgen, dass wir uns nicht in Richtung geschichts- und gesichtsloser Innenstädte bewegen, in Richtung einer Schlafstadt mit uniformen Einkaufszentren auf der grünen Wiese.

Und – last, but not least - :

In Städten wie Velbert wird zuallererst sicht- und spürbar, ob wir unser Gemeinwesen so instandsetzen können, dass es wirtschaftlich effizient und finanziell überlebensfähig bleibt.

Mir ist klar:

Bei der Gestaltung all dieser Aufgaben sind wir von konjunkturellen, wirtschaftlichen sowie bundes- und landespolitischen Rahmenvorgaben abhängig. Und es sollte uns heute schon klar sein, dass diese Rahmenbedingungen nie so ideal sein werden wie wir uns dies vor Ort wünschen – übrigens völlig unabhängig von der „Couleur“ einer Regierungskonstellation. Es ist deshalb auch um so wichtiger, dass den Kommunalpolitikerinnen und –politikern wieder mehr Gehör verschafft wird. Ob in den Parteien, den Verbänden und Gewerkschaften oder Ministerialverwaltungen. Wir hier vor Ort wissen um die Nöte, um die Sorgen der Menschen, aber auch um die Chancen eines behutsamen Strukturwandels bestens Bescheid. Und da ich mein Amt als Realist anrete, weiß ich auch, wie schwierig es sein wird, dieses Gehör zu bekommen.

Deshalb geht es auch und vor allem darum, das aktuell machbare anzupacken und umzusetzen. Begreifen wir deshalb das Mandat, das uns die Bürgerschaft erteilt hat, nicht als Last, sondern verstehen wir es als Herausforderung, als Chance, in schwierigen Zeiten etwas für unsere Heimatstadt und für ihre Bürgerinnen und Bürger zu tun.

Mir ist klar, dass wir diese Herausforderung nicht alleine bestehen werden. Wir brauchen alle relevanten Akteure aus der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft, aus der Kultur, der Wissenschaft und unseren Verbänden, Kirchen und Vereinen.

Rat und Verwaltung sollten sich daher nicht als „geschlossene Gesellschaft“ verstehen, keinen Alleinvertretungsanspruch für die örtlichen Belange reklamieren und sich erst recht nicht in Besitz der alleinigen und seligmachenden Weisheit wähen. Wir sollten uns daher in all unseren Gremien noch mehr als bisher öffnen für die Meinungen und für Impulse von außen. Wir sollten uns nicht scheuen, uns Rat einzuholen, bevor wir uns selbst eine Meinung bilden. Dies gilt in der künftigen Schulpolitik genauso wie in der Finanz- und der Sozialpolitik oder auch im Rahmen der Stadtentwicklung, um nur vier ganz wichtige Themen zu nennen. Ich werde gerne dazu beitragen, unsere Diskussionskultur diesbezüglich zu öffnen.

Was wir jetzt auch brauchen, sind noch mehr gute Ideen für unsere Stadt. Jeder einzelne hat Ideen, Sie und ich. Wichtig ist eine politische Kultur, die es uns erlaubt, diese Ideen auch einzubringen in die Arbeit der Gremien, ohne dass jede Idee bereits vorab nach allen Ecken und Kanten abgesucht und durchgeprüft wurde. Ohne, dass man befürchten muss, dass eine offene, freie und faire Diskussionskultur nicht zustande kommt. Hier befinden wir uns bereits auf einem guten Weg, wie die letzte Legislaturperiode mit immerhin sechs selbstbewussten und unterschiedlichen Fraktionen gezeigt hat. Wir haben uns gegenseitig zugehört und ernst genommen. Im Hauptausschuss und im Rat will ich meinen Teil dazu beitragen, dass dies nicht nur so bleibt, sondern sogar noch besser wird. Ich bitte schon jetzt alle gleich zu wählenden Ausschussvorsitzenden auch in ihren Gremien für eine solche motivierende Arbeitsatmosphäre zu sorgen.

Auch die Verwaltung steht in der Pflicht. Und zwar in der Pflicht gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern, aber auch gegenüber der Politik.

Wir haben in puncto Serviceorientierung, Bürgerfreundlichkeit, moderner Mitarbeiterführung und Mitarbeiterfreundlichkeit, in puncto Kompetenz und moderner Steuerung heute eine

Verwaltung, die sich sehen lassen kann. Und dennoch ist nichts so gut, dass es nicht noch besser werden kann.

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen das Bewusstsein haben, dass derjenige der vor ihm steht, kein Bittsteller und kein „Mensch – gewordener Vorgang“ ist. Er ist Bürger dieser Stadt und hat daher den Anspruch auf eine qualitativ hochwertige und serviceorientierte Beratung. Ich will nicht verhehlen, dass wir hieran in einigen Bereichen noch arbeiten müssen!

Von der gesamten Verwaltung erwarte ich absolute Objektivität und Neutralität sowie eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Fraktionen dieses Rates. Ich habe dies den Fraktionsvorsitzenden bereits zugesichert. Wir haben eine kompetente, engagierte und loyale Mannschaft im Rathaus. Arbeiten wir also miteinander an den Erfolgen und vergeuden unsere Zeit nicht damit, uns gegenseitig – im Verhältnis Rat und Verwaltung – zwangsläufig auch zu erwartende Misserfolge vorzuwerfen. Rat und Verwaltung stellen nach der Kommunalverfassung eine Einheit dar. Wir sollten diese Einheit auch leben!

Meine Damen und Herren, bei aller Freude, die jede und jeder Einzelne von uns über sein eigenes Wahlergebnis empfinden mag: Es sollte uns nachdenklich machen, dass (erneut) nur rund jeder zweite Wahlberechtigte am 26.09.2004 seine Stimme abgab.

Versteht die andere Hälfte Kommunalpolitik nicht?

Interessiert sie sich nicht für Kommunalpolitik?

Oder handelt es sich um ganz bewusste Wahleuthaltung?

Ganz egal welche dieser Fragen den Kern treffen: Ich möchte mit Ihnen gemeinsam dazu beitragen, Kommunalpolitik wieder begreifbarer und interessanter zu machen und den Menschen die Bedeutung der Ratsarbeit vermitteln.

Hierbei möchte ich bei den Schulen beginnen und plane daher mehrere Informationskampagnen für die nächsten fünf Jahre, in der ich Sie selbstverständlich einbinden werde.

Wir wollen als Stadt Velbert ein guter, kooperativer und verständiger Nachbar sein. Mir ist an einem vertrauensvollen Verhältnis zu unseren Nachbarstädten gelegen. Dabei werden wir gewiss keine für uns elementaren Positionen aufgeben, aber wir sollten den Blick auch über die Kirchtürme unserer eigenen Stadt lenken. Ich werde daher bereits in den nächsten Wochen Antrittsbesuche beim wiedergewählten Landrat Thomas Hendele, bei meiner neuen Kollegin aus Wülfrath und den neuen Kollegen aus Heiligenhaus und Wuppertal absolvieren. Ich werde die uns gemeinsam berührenden Themen dort ansprechen und - einem Auftrag des letzten Rates folgend – auch über weitere Kooperationsfelder verhandeln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich nun noch einige ganz konkrete Ziele benennen. Ich beanspruche als neuer Bürgermeister ganz bewusst keine, ansonsten politisch übliche „100 – Tage – Schonfrist“. Ich konnte mich verwaltungstechnisch wie auch politisch lange genug auf meine neue Aufgabe vorbereiten. Deshalb lege ich Ihnen für die nächsten 100 Tage bzw. 3 bis 4 Monate heute bereits ein ganz konkretes Arbeitsprogramm vor – übrigens in voller Übereinstimmung mit dem gesamten Verwaltungsvorstand.

1. Wie vom Rat am 27.04.2004 beschlossen, arbeiten wir mit Hochdruck an der Kompetenzfeldstrategie für unsere Wirtschaft. Wir können und wir wollen den Unternehmen nicht erklären, wie man Unternehmen führt. Aber wir können und wir wollen eine Plattform schaffen für Netzwerke und Unternehmenskooperationen in der für uns existentiell wichtigen Branche der Schließ- und Sicherheitstechnik. Diese Branche war, ist und wird unser wichtiges wirtschaftliches Standbein bleiben. Deshalb wird eine erste Auftaktveranstaltung schon übermorgen um 17.00 Uhr gemeinsam mit betroffenen Unternehmen im Forum Niederberg stattfinden. Sehen Sie es mir an dieser Stelle nach, wenn ich alle noch zu wählenden Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaftsförderung erst heute mündlich auf diesem Wege herzlich einlade. Aber schließlich kannten wir die

Besetzung des Ausschusses bislang nicht. Über die Ergebnisse und das weitere Vorgehen werden Sie ohnehin unterrichtet. Wir mussten aber den Schwung und das Engagement der ersten Unternehmenskontakte nutzen und schnellstmöglich in einen ersten Dialog einsteigen.

2. Das meines Erachtens ungemein wichtige und effiziente Kooperationsnetzwerk Schule – Wirtschaft wird in den nächsten Monaten in die Trägerschaft des Kreises überführt und von dort fortgeführt werden. Ich glaube, dass dieses Projekt beim Landrat in sehr guten Händen liegt. Ich bin stolz darauf, dass wir hier in Velbert Pionierarbeit geleistet und bereits mit jeder weiterführenden Schule und jeweils einem Unternehmen einen Vertrag abgeschlossen haben.
3. In der Verwaltung laufen die Vorarbeiten für den Haushaltsplanentwurf 2005 bereits auf Hochtouren. Und bereits heute, über drei Monate vor der Einbringung des Entwurfes in den Rat am 25. Januar, ist klar, dass wir uns weiterhin in finanziell schwierigen Zeiten bewegen werden. Es war daher richtig und wichtig, dass der Rat am 13.07.2004 beschlossen hat, dass Konsolidierungskonzept auf freiwilliger Basis fortzuführen. Schon die nächsten Haushaltsberatungen werden uns schwierige finanzpolitische Entscheidungen abverlangen. Uns allen muss klar sein: der Spar- und Konsolidierungskurs muss fortgeführt werden – ob mit oder ohne Haushaltssicherungskonzept!
4. Dabei stehen wir vor der besonderen Herausforderung, unsere komplette Finanzwirtschaft ab dem 01.01.2005 auf einen kaufmännischen Rechnungsstil umzustellen. Ich möchte an dieser Zielvorgabe festhalten, auch wenn die Stelle des Stadtkämmerers bis dahin wahrscheinlich vakant bleibt.
5. Wir müssen – noch mehr als in der Vergangenheit – ehrenamtliches und freiwilliges Engagement stützen und fördern, wenn wir unsere Stadt lebenswert und unser Gemeinwesen bezahlbar halten wollen. Am 20. November 2004 möchte ich die Bürgerschaft daher zu einer großen Ehrenamtsbörse ins Forum Niederberg einladen. Wenn alles klappt, werden wir dort sogar bereits die Grundlage für eine Freiwilligenagentur in und für Velbert schaffen können – und zwar gemeinsam mit den Spitzenverbänden aus den Kirchen, der Wohlfahrtspflege, des Sportes, der Hilfsdienste und der Jugend.
6. Wir müssen uns nun endlich darüber klar werden, wie es mit unserem Deutschen Schloss – und Beschlägemuseum weitergeht. Ich möchte daher mit Ihnen gemeinsam versuchen, bis Anfang nächsten Jahres eine Grundsatzentscheidung zur künftigen Organisations- und Rechtsform des Museums zu treffen. Erst danach sollten wir uns wieder der Standortdiskussion zuwenden.
7. Gerade angesichts des enormen Sanierungsbedarfes am Schloss Hardenberg und am Bürgerhaus brauchen wir ein schlüssiges Konzept für die künftige Ausrichtung unserer Veranstaltungshäuser. Die entsprechende interfraktionelle Arbeitsgruppe hat bereits die Arbeit aufgenommen und soll bis Ende des Jahres erste Ideen präsentieren.
8. Ebenfalls bis Ende des Jahres möchte ich Ihnen eine Machbarkeitsstudie für ein neues Sportzentrum in Velbert vorlegen. Diese Machbarkeitsstudie soll dann nicht nur Grundlage für eine vertiefte Prüfung des finanzwirtschaftlich Machbaren, sondern vor allem für eine breite Diskussion in Politik und Bürgerschaft sein. Gravierende infrastrukturelle Veränderungen in der Sportstättenlandschaft sind nur dann realisierbar, wenn sie eine breite Zustimmung bei den Sportvereinen und in der Bevölkerung finden. Hier wie übrigens auch beim Thema Museum geht es um grundlegende Fragen unseres Gemeinwesens, die nicht mit hauchdünnen Ratsmehrheiten beantwortet werden dürfen.

Eine breite öffentliche Diskussion setzt allerdings eine fundierte Vorarbeit der Verwaltung voraus. Und hierfür werden wir uns auch noch einige Wochen Zeit nehmen.

9. Wir müssen und werden das „Hartz IV – Konzept“ ab dem 01.01.2005 umsetzen. Schon heute, ohne viel öffentliche Begleitmusik beraten wir jeden Antragsteller individuell bei der Ausfüllung der Antragsunterlagen. Hierzu wurden mit allen 1.600 betroffenen Menschen Termine vereinbart. In Velbert wird jeder, der aktiv mitwirkt, ab dem 01. Januar die Unterstützung bekommen die ihm zusteht. Darüber hinaus loten wir bereits gemeinsam mit dem Kreis Mettmann die arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Chancen aus, die uns dieses Konzept bietet. Wir werden, da bin ich mir sicher, schon vor der Gründung der Arbeitsgemeinschaft im Kreis Mettmann Mitte nächsten Jahres, viele neue Ideen entwickeln und im Sozialausschuss vorstellen.
10. Noch in diesem Jahr sollten wir Klarheit gewinnen über die Zukunft unseres Krankenhauses. Als neuer Verbandsvorsteher des Zweckverbandes Klinikum Niederberg werde ich gemeinsam mit dem Geschäftsführer und dem neuen Kollegen aus Heiligenhaus schnellstmöglich Gestaltungsvorschläge für regionale Kooperationen in die politische Diskussion einbringen. Mitarbeiter, Kunden und Patienten haben einen Anspruch darauf, dass sich Unsicherheit über die künftige Entwicklung schnellstmöglich umwandelt in Sicherheit und Zuversicht. Maßstab wird dabei eine optimale Versorgung unserer Bevölkerung mit ärztlichen und pflegerischen Gesundheitsdienstleistungen vor Ort sein.
11. Auch in der Klärung der Standortfrage der Technischen Betriebe Velbert stehen wir den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gegenüber in der Pflicht. Hier möchte ich Ihnen in den nächsten 3 – 4 Monaten das Ergebnis unserer Prüfungen präsentieren.
12. Mir ist zwar bewusst, dass alleine die genannten 11 Punkte eine Verwaltung und einen Rat insbesondere am Anfang einer Legislaturperiode mehr als vielleicht üblich belasten. Trotzdem dürfen uns all diese hochaktuellen Herausforderungen nicht den Blick verstellen auf die künftige Gesamtstrategie für unsere Stadt. Ich sage Ihnen ganz offen: ich halte nicht viel von einer langen und theoretischen Leitbilddebatte für unsere Stadt. Wir brauchen Visionen, klar. Wir dürfen aber nicht bei den Visionen stehen bleiben, sondern müssen hieraus Handlungsstrategien entwickeln. Wir wollen daher ab Anfang nächsten Jahres mit Ihnen in die Diskussion der Fragen einsteigen: Wie soll unsere Stadt in zehn Jahren aussehen? Welche Trends und Entwicklungen kennen wir? Welche diese Entwicklungen fördern wir, welche akzeptieren wir, wo steuern wir gegen den Trend? Erste Eckpunkte eines solchen strategischen Zielprogramms möchte ich Ihnen gerne am 25. Januar 2005 zusammen mit dem Etatentwurf vorlegen, damit sie die Klausurtagungen für eine notwendige und wichtige Diskussion nutzen können. Die Verwaltung wird dabei ausdrücklich keinen Anspruch auf Richtigkeit jeder Aussage, auf Vollständigkeit des Programms oder auf alleinige Fachkompetenz erheben. Wir alle sind zur aktiven Mitarbeit an einem solchen Zielprogramm aufgerufen. Ideen und Anregungen sind willkommen. Und wir werden ein solches Programm vor Beschlussfassungen intensiv mit der Bürgerschaft und betroffenen Institutionen diskutieren müssen. Im Rahmen dieses strategischen Zielprogramms werden wir auch die Eckdaten und Ziele des neuen Flächennutzungsplans diskutieren müssen, dessen erster Entwurf bis Ende nächsten Jahres fertig sein sollte.
Parallel hierzu müssen wir in Teilsegmenten auch schon vorher Strategien definieren. Hierzu gehört vor allem die künftige Entwicklung unserer Innenstädte und Ortskerne. Nicht nur angesichts der aktuellen Diskussionen um den Karstadt – Konzern müssen wir uns sehr bald – besser heute als in der nächsten Sitzung - darauf einigen, ob wir überhaupt und wenn ja wo und in welchem Maße noch Einzelhandelsentwicklungen außerhalb der Innenstadtkerne zulassen.

Meine Damen und Herren,
ich weiß, dass dieses Arbeitsprogramm gewaltig klingt;
ich weiß, dass ich Ihnen, der kompletten Verwaltung und mir selbst viel abverlange in den nächsten Monaten.
Ich bin mir aber auch ganz sicher, dass dies notwendig ist und wir keine Zeit verlieren dürfen.

Ich weiß, dass einige von Ihnen enttäuscht sein werden. Ich konnte heute nicht jedes Politikfeld, das Ihnen am Herzen liegt, ansprechen. Besonders denjenigen unter Ihnen versichere ich, dass mein Ausblick auf kurzfristige und langfristige Herausforderungen heute nicht abschließend war. Wir haben es ja auch noch etwas länger miteinander zu tun – und dies soll keine Drohung sein.

Ich weiß, dass ich heute viele Fragen aufgeworfen und Antworten nur zum Teil bereits gegeben habe. Ich verstehe meine neue Rolle aber auch nicht so, dass ich ganz alleine den Kurs vorgebe.

Als Bürgermeister habe ich viele Rollen zu besetzen: Moderator; Koordinator; Antreiber, vielleicht auch einmal Mahner; Zuhörer; Ideengeber; Gestalter und Entscheider. Mir ist die Größe der Aufgabe bewusst.

Meine Verwaltungserfahrung wird dabei hilfreich sein, die Kenntnisse über meine Heimatstadt sind sicher von Nutzen und meine parteiliche Ungebundenheit wird mir hoffentlich Türen öffnen. Meine Familie wird mein sicherer Hafen in stürmischen Zeiten sein und mein christlicher Glaube wird mir Halt geben.

Ich will das Beste für unsere Stadt tun – aber ohne Sie werde ich das nicht schaffen. Helfen Sie mir dabei!

Wir können in Velbert vieles möglich machen. Wir werden es schaffen, wenn wir gemeinsam daran arbeiten!

Abschließend erlaube ich mir, das Bekenntnis unseres Bundespräsidenten, welches er bei seiner Antrittsrede abgelegt hat, heute – leicht abgewandelt – zu übernehmen: „Ich glaube an diese Stadt, weil ich an ihre Menschen glaube!“

Vielen Dank.